Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung 2019 bis 2022 und Budget 2019

Änderungsantrag des Regierungsrats vom 13. November 2018

1. Rückzug Änderungsantrag des Regierungsrats vom 16. Oktober 2018

Das Stimmvolk hat am 23. September 2018 das Gesetz über die Umsetzung von Massnahmen der Finanzstrategie 2027+ an der Urne abgelehnt. Diese Ablehnung hat direkte und massgebliche Auswirkungen auf das vom Regierungsrat am 11. September 2018 verabschiedete Budget 2019 sowie den Finanzplan 2019 bis 2022. Aufgrund dieses Abstimmungsergebnisses hat der Regierungsrat am 16. Oktober 2018 einen Änderungsantrag zur Integrierten Aufgaben- und Finanzplanung 2019 bis 2022 und zum Budget 2019 unterbreitet.

Das Budget 2019 sowie der IAFP 2019 bis 2022 wurden in der Zwischenzeit erneut überarbeitet und angepasst. Darum zieht der Regierungsrat den Änderungsantrag vom 16. Oktober 2018 zurück (siehe Ausführungen unten).

2. Änderungsantrag vom 13. November 2018

Wie im Begleitschreiben vom 26. Oktober 2018 erwähnt, hat der Regierungsrat im Nachgang zur Abstimmung vom 23. September 2018 mit den im Kantonsrat vertretenen Parteien, der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sowie den Personalverbänden Gespräche geführt. Die Gespräche dienten dazu, Einschätzungen des Abstimmungsergebnisses einzuholen und auszuloten, welche Elemente der bestehenden Vorlage aus Sicht der Anspruchsgruppen beibehalten oder in angepasster Form weiterverfolgt werden sollen. Aufgrund dieser Gespräche unterbreitet der Regierungsrat dem Kantonsrat für die Sitzung vom 5./6. Dezember 2018 verschiedene Gesetzesanpassungen. Die finanziellen Auswirkungen dieser vorgesehenen Gesetzesanpassungen sollen im Budget 2019 berücksichtigt werden. Ergänzend dazu beantragt der Regierungsrat zusätzliche Änderungen des Budgets 2019.

Aus administrativen Gründen und für die einfachere Handhabung im Kantonsrat, ersetzt der nun vorliegende Änderungsantrag vom 13. November 2018 jenen vom 16. Oktober 2018.

3. Budget 2019 (Version vom 13. November 2018)

Durch die nun unterbreiteten Gesetzesanpassungen, insbesondere der Anpassungen der Einmalabschreibung und der tieferen Abschreibungssätze, verbessert sich das Budget 2019 um 13 Millionen Franken. Weiter setzt der Regierungsrat mehrere Massnahmen um, welche in seiner Kompetenz liegen. Zusätzlich sind im Änderungsantrag auch Korrekturen des Budgets 2019 enthalten, die sich aufgrund von weiteren Anpassungen ergeben, aufgenommen worden.

Per Ende 2017 betrug die Schwankungsreserve noch 41 Millionen Franken. Im Budget 2018 ist bereits eine Auflösung von 26,5 Millionen Franken geplant. Somit verbleiben per Ende 2018 noch 14,5 Millionen Franken für eine vorzusehende Auflösung im Budget 2019.

4. Änderungsantrag Budget 2019

Der Änderungsantrag des Regierungsrats zum Budget 2019 enthält somit folgende Korrekturen:

Erfolgsrechnung:

Budgetantrag des Regierungsrates vom 11. September 2018 - 2,4 Millionen Franken

Auswirkungen abgelehnte Gesetzesvorlage "Gesetz über die Umsetzung von Massnahmen der Finanzstrategie 2027+" (Gesamtpaket) - 40,6 Millionen Franken

Auswirkungen aufgrund der Gesetzesnachträge der Finanzvorlage 2019 + 13,0 Millionen Franken

Auswirkungen aufgrund der Budgetüberarbeitung des Regierungsrates + 3,7 Millionen Franken

Auflösung der Schwankungsreserve + 14.5 Millionen Franken

Total Änderungsantrag Erfolgsrechnung - 9,4 Millionen Franken

Saldo der Erfolgsrechnung nach Änderungsantrag vom 13. November 2018 - 11,8 Millionen Franken

5. Finanzplan 2020 bis 2022

Analog dem Budget 2019 ist vom Abstimmungsergebnis auch der Finanzplan 2020 bis 2022 betroffen. Nebst dem Basiseffekt, dass sich die Ausgangslage des Budgets 2019 um rund 40,65 Millionen Franken verschlechtert, entfallen auch die übrigen, zusätzlichen Massnahmen des Gesamtpakets, die erst im Laufe der nächsten Jahre umgesetzt werden sollten. Der Finanzplan wird sich in den Jahren 2020 bis 2022 zwischen 38,5 und 42 Millionen Franken pro Jahr verschlechtern. Von der vorhandenen Schwankungsreserve von 41 Millionen Franken per Ende 2017 ist bereits eine Auflösung von 26,5 Millionen Franken im Budget 2018 enthalten. Die Auflösung der restlichen 14,5 Millionen Franken wird im Budget 2019 vorgenommen.

Die im IAFP 2020 bis 2022 vorgesehenen Massnahmen aus der Finanzstrategie 2027+ werden neu beurteilt, dies betrifft alle Massnahmen, die im IAFP mit der Bezeichnung "2027+" beginnen.

Die Schwerpunkte und Jahresziele des Regierungsrats bzw. der Departemente, welche sich explizit auf die Umsetzung der Finanzstrategie 2027+ beziehen, werden gestrichen (siehe Änderungsanträge). Der Regierungsrat geht davon aus, dass sich neue Schwerpunkte und Jahresziele bezüglich Behebung des strukturellen Defizits und Erarbeitung einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung im Verlaufe der Überarbeitung von neuen Lösungsvorschlägen konkretisieren werden.

6. Gesetzliche Vorgabe der Schuldenbegrenzung

Teil des Gesetzes über die Umsetzung von Massnahmen der Finanzstrategie 2027+ war die Anpassung der Schuldenbegrenzung gemäss Art. 34 Abs. 3 des Finanzhaushaltsgesetzes vom 11. März 2010 (FHG, GDB 610.1). Diese Änderung ist Teil der Gesetzesvorlage, welche dem Kantonsrat erneut vorgelegt wird. Die Inkraftsetzung dieses Gesetzes ist für den 1. Januar 2019 vorgesehen. Für die Behandlung des Budget 2019 anlässlich der Sitzung vom 5./6. Dezember 2018 gilt entsprechend noch die Schuldenbegrenzung gemäss dem geltenden Art. 34 Abs. 3 FHG. Gemäss diesem Artikel wird ein Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent über die Jahre 2016 bis 2020 verlangt.

Auch mit dem nun eingereichten Änderungsantrag und unter Berücksichtigung der Auflösung der gesamten Schwankungsreserven kann die Schuldenbegrenzung (Art. 34 Abs. 2 und Art. 34 Abs. 3 FHG) nicht erreicht werden.